

Offener Brief an den Landrat des Main-Kinzig-Kreises Herrn Thorsten Stolz zu den „Spaziergängern“

19. Januar 2022

Sehr geehrter Herr Landrat Stolz,

in den Medien (Gelnhäuser Neue Zeitung, Facebook, www.mkk.de) sprechen Sie über die „Spaziergänger“ und unterstellen ohne weiteres, dass es sich bei diesen nur um „Querdenker, Corona-Leugner, Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker“ handeln kann.

Würden Sie sich einmal die Mühe machen, mit diesen „Ihren“ Bürgern zu sprechen, wüssten Sie, dass es sich ausnahmslos um brave Bürger dieses Landes handelt, die arbeiten, ihre Steuern zahlen und sich Sorgen um den Erhalt unserer Demokratie machen. Mit Recht, denn in der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes vom November 2021 heißt es in § 20a Abs. 6 wörtlich: Durch die Absätze 1 bis 5 (die die Impfpflicht regeln) wird das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2, Abs. 2, Satz 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt.

Dieses Gesetz ist damit der schwerste Angriff auf den Erhalt unserer Grundrechte und unserer Demokratie, den wir jemals seit Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 erlebt haben. **Mit welchen Fakten werden diese Eingriffe vom Staat, von der Bundesregierung und von den Landesregierungen begründet?**

1. *Es soll eine festgestellte epidemische Lage mit Hilfe von Impfungen beherrscht werden.*

Schauen wir uns hierzu die Verträge zwischen der damaligen Bundesregierung und den betroffenen Pharmafirmen an. Kennen Sie den Inhalt? Es heißt hier:

„Der Käufer (unsere Bundesregierung, also wir alle) erkennt an, dass die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind ...“

„Der Käufer erklärt sich hiermit bereit, Pfizer, BioNTech (und) deren verbundene Unternehmen (...) von und gegen alle Klagen, Ansprüche, Aktionen, Forderungen, Verluste, Schäden, Verbindlichkeiten, Abfindungen, Strafen, Bußgelder, Kosten und Ausgaben freizustellen, zu verteidigen und schadlos zu halten.“

Basisdemokratische
Partei Deutschland
dieBasis Kreisverband
Main-Kinzig-Kreis
kontakt@diebasis-mkk.de

Selbst als juristischer Laie steht man fassungslos vor diesem Gebilde, das den Namen „Vertrag“ nicht verdient. Die Vereinbarung ist aber Realität.

Nicht nur das, sondern im klaren Widerspruch zu diesen Angaben wurden und werden bis heute in Werbeaussagen, die uns Steuerzahler wiederum viele hundert Millionen gekostet



haben, von unseren verantwortlichen Politikern und ihren Beratern, das genaue Gegenteil behauptet, nämlich der Impfstoff sei sicher und zu 95% gegen SARS-CoV-2 wirksam. Den Wahrheitsgehalt dieser Aussagen können die Menschen inzwischen selbst beurteilen.

Nichts davon ist wahr. Länder mit hoher Impfquote weisen die höchsten SARS-Inzidenzen auf.

Wie Sie sicher auch wissen, haben ebenfalls wir, die arbeitende Bevölkerung und Steuerzahler, die kompletten Entwicklungskosten für die Impfstoffe bezahlt. Ebenfalls in Summe viele hundert Millionen Euro.

2. *Hatten und haben wir eine epidemische Lage, die all das, was hier geschieht, rechtfertigt?*

Die Viruserkrankung ist da, daran zweifelt niemand ernsthaft. Die Kritik wurde und wird formuliert an der Art und Weise, **wie** mit dieser Erkrankung umgegangen wird. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gibt es nur eine Meinung in der Politik und in wirklich allen Massenmedien. Das gibt Anlass, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob diese Mainstream-Medien (Tagesschau, heute-journal ...) unabhängig in ihrer Meinungsbildung und Berichterstattung sind.

Mit der objektiv falschen Berichterstattung verbunden war und ist eine gezielte Angstpropaganda, die sich auch heute noch an dem Strategiepapier des Innenministeriums zur Corona-Pandemie¹ orientiert, obwohl die Datenlage, die diesem Strategiepapier zugrunde lag, nachweislich völlig falsch war und ist.

1 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarienpapier-covid19.pdf>



Die epidemische Lage in Deutschland und global wurde alleine durch die PCR-Test-Verfahren, die Herr Drosten zeitgenau mit dem Ausbruch des Virus in Wuhan entwickelt hatte, festgestellt und untermauert. Zahlreiche Ärzte und Wissenschaftler haben schon im Jahre 2020 dieses Vorgehen kritisiert und in Frage gestellt. Diese Argumente blieben, wie alles, was nicht der Meinung unserer Bundesregierung und der Leitmedien entsprach, unterdrückt oder wahlweise als „rechtsextrem oder antisemitisch“ diffamiert. Schon damals wurden die Kritiker als „Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet.

Im Januar 2021 hat jedoch die WHO in einer öffentlichen Stellungnahme festgestellt und erläutert, unter welchen Vorgaben der PCR-Test – eine durchaus wissenschaftlich anerkannte Methode – geeignet ist, eine COVID-19 -Infektion festzustellen².

Damit wurde offenkundig und stand fest, dass der PCR-Test, wie er in Deutschland millionenfach angewendet und praktiziert wurde und wird, nicht geeignet war, um eine SARS-CoV-2-Infektion nachzuweisen.

2 <https://www.who.int/news/item/20-01-2021-who-information-notice-for-ivd-users-2020-05>



Unbeeindruckt von dieser Faktenlage gingen die Testungen, u.a. mit den noch weniger aussagekräftigen Antigentests mit gesundheitsschädlichen Materialien und mit im Ergebnis falschen COVID-19-Inzidenzen weiter. Es werden noch heute auf der Basis dieser mangelhaften Faktenlage die Grundrechte der Bürger massiv eingeschränkt, Existenzen vernichtet, unfassbare Kollateralschäden bei allen Bürgern (besonders unseren Kindern und Jugendlichen) angerichtet und weiterhin Unsummen von Steuergeldern verschwendet.



Und das ist nicht alles:

3 <https://www.transparenztest.de/post/us-cdc-stoppt-mit-hinweis-auf-influenza-das-bisherige-pcr-testverfahren-zum-jahresende>



Inzwischen wird von der US-Seuchenschutzbehörde der notzugelassene PCR-Test durch den Multiplex mPCR³ ersetzt, einem differentialdiagnostischen Testverfahren, um eine Unterscheidung zwischen SARS-CoV-2 und Influenza – fast möchte man sagen unserer guten alten Grippe – treffen zu können.

Da auch bei uns die Grippe während der „Covid-Zeit“ praktisch verschwunden ist, kommt mittlerweile die Frage auf, ob nicht ein nicht unerheblicher Anteil der „Corona-Infektionen“ auf Influenza-Beteiligung oder gar hauptsächlich auf diese zurückzuführen sein könnte. Die US-Seuchenbehörde CDC hält jedenfalls eine differentialdiagnostische Abklärung für so relevant, dass die PCR-Testverfahren hierzu gewechselt werden.

Diese Frage stellt sich auch hier: Warum wurde bisher in der Corona-Krise von Anfang an ein solcher differentialdiagnostischer Abgleich nicht durchgeführt, nicht darüber diskutiert und nicht darüber informiert? Obwohl es multiple PCR-Test-Verfahren schon seit vielen Jahren auch in Deutschland gibt, z.B. in der Kinderheilkunde zur Unterscheidung verschiedener Viruserkrankungen.

3. *Es wurde ein verfassungswidriges Infektionsschutzgesetz mit einer Zwangsimpfung für gerade die Menschen verabschiedet, die sich für uns geopfert und die alles gegeben haben.*

Obwohl der Impfstoff nach eigenen Angaben von Pfizer gegen die Omikron-Mutation und auch alle anderen Mutationen nicht wirkt! Die Omikron-Mutation entspricht im Übrigen einer Erkältungskrankheit und 95,5% der Omikron-Patienten sind geimpft und teilweise „geboostert“⁴.

4 <https://tropeninstitut.de/aktuelle-krankheitsmeldungen/31.12.2021-welt-omikron>



Wo ist also die Rechtfertigung für einen grundgesetzwidrigen Impfzwang? Welche epidemische Lage soll eingedämmt werden? Was wurde für die Pflegekräfte in der Zwischenzeit getan? Sie sind massiv betrogen worden! Tatsächlich wurde seitens der Bundesregierung für die Pflegeberufe fast nichts getan, Intensivbetten wurden nachweislich massiv abgebaut, mindestens 35 Krankenhäuser wurden in Deutschland in den letzten Monaten geschlossen. Hohe Summen flossen nur an die Krankenhauskonzerne, die damit in die Lage versetzt waren, an ihre Aktionäre hohe Gewinne auszuschütten, wie andere Großkonzerne in Deutschland auch. Pandemiegewinne auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Sehr geehrter Herr Landrat Stolz, wir Bürger haben ein unabdingbares Recht auf vollständige Informationen und, wenn diese offensichtlich verweigert werden, ein unabdingbares Recht, darauf aufmerksam zu machen. Nichts anderes bezwecken die gewaltfreien Spaziergänge.

Gerne stehen wir für weitere Informationen und Gespräche zur Verfügung.

Der Kreisverband dieBasis Main-Kinzig-Kreis e.V.